

## Protokoll

### Stadtrat von Thun

Sitzung 08/2024 vom 19. September 2024, 17:15 Uhr, Rathaus, Thun

---

#### Anwesend

Stadtrat	Vorsitz: Stadtratspräsident Philipp Deriaz Peter Aegerter, Martin Allemann, Natalie Althaus, Sandro Badertscher, Simon Badertscher, Jonas Baumann-Fuchs, Mathias Berger, Thomas Bieri (bis und mit Traktandum 2, 19:00 Uhr), Valentin Borter, Adrian Christen, Franziska Eggenberg, Marc Fritschi, Nicolas Glauser, Sonja Graf, Roman Gugger (bis und mit Traktandum 2, 18:45 Uhr), Thomas Hiltpold, Manon Jaccard, Alice Kropf, Thomas Lanz (ab 17:25 Uhr), Christoph Lauener, Barbara Lehmann Rickli, Michelle Marbach, Vanessa Meier, Lara Müller, Marianna Oesch Bartlome, Alex Reymondin, Leonardo Schlatter (bis und mit Traktandum 2, 18:45 Uhr), Malenka Schmutz, Franz Schori, Nina Siegenthaler (bis und mit Traktandum 2, 19:15 Uhr), Alois Studerus, Markus van Wijk, Cloe Weber (ab 17:35 Uhr), Matthias Zellweger, Angelika Zimmermann
Gemeinderat	Stadtpräsident Raphael Lanz, Gemeinderätinnen Katharina Ali-Oesch, Andrea de Meuron und Eveline Salzman, Gemeinderat Reto Schertenleib
Ferner	Stadtschreiber Bruno Huwyler Müller Finanzverwalter Stefan Christen
Sekretariat	Stadtratssekretär Christoph Stalder Protokollantin Tanja Aebersold
Entschuldigt	Stadträtin Anja Dolder, Stadträte Manfred Locher, Michael McGarty, Claude Schlapbach
Schluss der Sitzung	20:00 Uhr

---

**Der Stadtratspräsident** begrüsst zur Sitzung. Er weist darauf hin, dass für den abwesenden Claude Schlapbach ein Ersatz als Stimmzähler bestimmt werden muss.

Barbara Lehmann Rickli, **Fraktion FDP/Die Mitte**, schlägt Stadtrat Alois Studerus (Die Mitte) zur Wahl vor.

**Der Rat** wählt stillschweigend Alois Studerus (Die Mitte) als Ersatz-Stimmzähler für den abwesenden Claude Schlapbach (FDP).

**Der Rat** genehmigt die Traktandenliste stillschweigend.

**98. Protokoll**

**Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 22. August 2024**

**Der Rat** genehmigt das Protokoll stillschweigend.

**99. Budget 2025 sowie Aufgaben- und Finanzplan 2025 bis 2028**

**Genehmigung Abstimmungsbotschaft «Senkung der Steueranlage und Genehmigung Budget 2025», Kenntnisnahme Aufgaben- und Finanzplan 2025 bis 2028**

**Bericht des Gemeinderates Nr. 24/2024**

**Der Stadtratspräsident** erläutert den Ablauf. Zuerst wird die Eintretensdebatte gehalten. Danach gibt es eine Detailberatung des Budgets 2025 und der Produktgruppenbudgets und die Beratung des Aufgaben- und Finanzplans 2025 bis 2028. Der dritte Punkt beinhaltet die Ausmehrung der Anträge und die Schlussabstimmung.

*Es wurden folgende Anträge eingereicht. Die Begründungen und die Stellungnahmen des Gemeinderates liegen den Stadratsmitgliedern vor.*

<b>Antragsstellerin/Antragssteller</b>	<b>Antrag</b>
Sandro Badertscher, Marc Fritschi, Matthias Zellweger (Parteilos)	Liegenschaftssteuer 1.0 Promille der amtlichen Werte
Sandro Badertscher, Marc Fritschi, Matthias Zellweger (Parteilos)	Steueranlage 1.60 der einfachen Steuer
Fraktion FDP/Die Mitte	Steueranlage 1.62 der einfachen Steuer
Fraktion SVP	<i>Eventualantrag</i> Sollte der Änderungsantrag der Fraktion FDP/Die Mitte (1.62) in der Ausmehrung gegenüber den vorliegenden Anträgen, welche über dem Vorschlag Gemeinderat (1.66) liegen, keine Mehrheit finden, stellt die Fraktion SVP folgenden Eventualantrag:  Auf Gegenständen der Kantonssteuer das 1,64-fache der für die Kantonssteuer geltenden Einheitsansätze.
Fraktion Grüne	Steueranlage: Auf den Gegenständen der Kantonssteuer das 1,67-fache der für die Kantonssteuer geltenden Einheitsansätze.

Budget- und Rechnungskommission (BRK)	Steueranlage: Auf den Gegenständen der Kantonssteuer das 1,69-fache der für die Kantonssteuer geltenden Einheitsansätze.
Sandro Badertscher, Marc Fritschi, Matthias Zellweger (Parteilos)	Die Abstimmungsbotschaft sei anzupassen.
Gemeinderat	<i>Eventualantrag</i> Für den Fall, dass der Stadtrat den Stimmberechtigten eine Steueranlage unter 1,64 unterbreitet, beantragt der Gemeinderat dem Stadtrat die Aufnahme eines zusätzlichen Kapitels in der Abstimmungsbotschaft.

### Eintretensdebatte

**Gemeinderätin Andrea de Meuron** führt aus, dass es eine aussergewöhnliche Budgetsitzung ist. Es ist mehr als 30 Jahre her, als der Gemeinderat die Steueranlage verändern wollte. Der heutige Antrag ist das Ergebnis eines langen, vorausschauenden und strukturieren Prozesses. Gestartet hat der Prozess mit dem Willen des Gemeinderates, die Steuern im Rahmen der Legislaturziele, die anfangs 2023 publiziert wurden, zu senken. Der Gemeinderat beantragt beim Stadtrat ein ausgeglichenes Budget. Es ist eine schwarze Null vorgesehen, wie aber auch die Senkung der Steueranlage von 1,72 auf 1,66. Zudem beantragt der Gemeinderat die Kenntnisnahme des Aufgaben- und Finanzplans. Es wurden Stellenanträge vom Gemeinderat behandelt, wovon nicht alle genehmigt werden konnten. Der Aufgaben- und Finanzplan zeigt die planbaren Projekte. Dadurch soll die Stadt gesund und attraktiv behalten werden. Es gibt eine Aufgabeninflation, gerade auch mit Blick auf die Stadtratsgeschäfte. Der Antrag des Gemeinderates setzt voraus, dass diese Aufgaben umgesetzt werden sollen. Ein Aufgabenverzicht ist nicht beinhaltet. Beim Antrag handelt es sich um eine Gesamtabwägung, auch bei der beantragten Steueranlage von 1,66. Wesentlich ist, dass der Gemeinderat eine positive Selbstfinanzierung will. Wenn man die rote Linie von 1,66 unterschreitet, ist die Selbstfinanzierung nicht mehr garantiert. Im Budget wird mit einer Erhöhung der Zentrumslasten von 2,3 Mio. Franken gerechnet. Dies ist nicht selbstverständlich. Die Zentrumslasten sind für das Jahr 2025 durch den Grossen Rat gesichert. Es ist unklar, ob in Zukunft mit einem gleich hohen Betrag gerechnet werden kann. Die Steueranlage muss so gesetzt werden, dass die Aufgaben des Aufgaben- und Finanzplans gestemmt werden können. Es soll nicht das Risiko eingegangen werden, ein strukturelles Defizit zu generieren. Es wurde im Vorfeld von gewissen Kreisen kommuniziert, dass eine tiefere Steueranlage gewünscht wird. Es ist wichtig, die Aufgaben zu kennen. Es werden keine Steuern auf Vorrat erhoben. Die Steuerreinnahmen kommen zu 80% von natürlichen Personen. Die Abweichung hat in den letzten Jahren 0,375% betragen. Bei den aperiodischen Steuern sieht es anders aus. Dabei handelt es sich beispielsweise um Steuern, die bei Lottogewinnen oder Liegenschaftsverkäufen anfallen. Die Steuerreinnahmen kommen den Bürgerinnen und Bürgern wie auch der Wirtschaft zugute, da sie den Service Public bezahlen. Der Realisierungsgrad ist tief bei den Investitionen. Dies zeigt, dass wir eher ein Ausgabenproblem haben. Die personelle Ressourcenplanung ist herausfordernd und kann nicht im Rahmen einer Finanzplanung erfolgen. Gemäss Art. 63 Abs. 1 der Stadtverfassung ist der Gemeinderat verantwortlich für den Finanzhaushalt. Es liegt eine kerngesunde Bilanz mit Eigenkapital vor. Aufgrund der Thuner Finanzpolitik können die Steuern nun gesenkt werden. Der Realisierungsgrad bei den Investitionen hat Optimierungspotential, was mitberücksichtigt worden ist. Die Investitionen sollen zugunsten einer attraktiven Stadt getätigt werden. Die Verantwortung gemäss Art. 63 Abs. 1 der Stadtverfassung wird nun dem Stadtrat in die Hände gegeben. Die Veränderung der Steueranlage wird noch dem Volk vorgelegt. Das Volk wird mit dem konfrontiert, was der Stadtrat beschliesst. Die Anträge aus dem Stadtrat liegen vor. Die Anträge reichen von einem Steuerfuss von 1,60 bis zu 1,69. Dies liegt in der Sache der Politik, dass einige die Steuern noch mehr senken wollen und die anderen nicht. Betreffend Anträge auf einen Steuerfuss von 1,60 und 1,62 sowie dem Eventualantrag ist festzuhalten, dass es ein Ausgabenproblem gibt. Das Eigenkapital kann abgebaut werden. Dies ist aber nicht nachhaltig. Der Konsum soll selbst finanziert werden können. Eine stabiler Finanzhaushalt ist auch ein Standortvorteil. Betreffend die höheren Steuersätze ist festzuhalten, dass die beantragten Zahlen eine

Gesamtbetrachtung darstellen. Im Rahmen der vorberatenden SAKOs können die Standards und Produktegruppen geprüft werden und Anträge gestellt werden. Es sind keine Anträge gestellt worden, weshalb mit den Aufgaben des vorgelegten Aufgaben- und Finanzplans gerechnet wird. Die Spezialfinanzierung baulicher Unterhalt ist bis an den Rand dotiert. Die Spezialfinanzierung Investitionen beträgt über 100 Mio. Franken. Deshalb können die Steuern massvoll gesenkt werden. Steuern sollen aber nicht auf Vorrat erhoben werden. Deshalb werden alle Anträge aus dem Stadtrat vom Gemeinderat abgelehnt.

Martin Allemann, **BRK**, erörtert, dass in der Budget- und Rechnungskommission (BRK) ein Antrag auf eine Steuersenkung auf 1,69 gestellt wurde. Andere Anträge wurden nicht gestellt. Deshalb konnten in der BRK die anderen Anträge nicht besprochen werden. Die Diskussion findet deshalb heute im Stadtrat statt. Auch der Antrag auf 1,69 wurde nicht vertiefter diskutiert. Das Ergebnis der Abstimmung kann der Vorlage entnommen werden. Es ist zu hoffen, dass bei künftigen Steueranpassungen die Anträge in der BRK diskutiert werden können.

Thomas Bieri, **SVP-Fraktion**, hat das Budget mit Freude zur Kenntnis genommen. Es ist mehr Personalaufwand geplant. Die Fraktion vertraut dem Gemeinderat, dass er dies auf ein Minimum beschränkt. Die beantragte Steuerfussenkung zeigt die Handschrift vom mehrheitlich bürgerlichen Gemeinderat. Trotz der Wahrung der finanzpolitischen Verantwortung nimmt er die Legislaturziele ernst. Über die Höhe der Steuerentlastung kann immer diskutiert werden. Erstaunt ist er über die Anträge der linken Fraktionen betreffend eine weniger hohe Steuersenkung, als vom Gemeinderat beantragt. Auch ist erstaunlich, dass die Anträge nach der BRK-Sitzung gestellt worden sind und damit im Wissen, dass die Investitionen mit 100% anstatt mit 65% im Finanzplan eingestellt wurden. Die Anträge beinhalten denn auch keine Begründung. Es sollte allen bewusst sein, dass ein Realisierungsgrad nicht oder nicht nur von den Finanzen abhängt. Einen Förderfonds Energieeffizienz zu Lasten einer höheren Steuersenkung zu öffnen, ist nicht schlüssig. Dass beispielsweise die Fremdfinanzierungsquote bei tieferen Steuereinnahmen höher wird, ist nicht erstaunlich. Der Hauptteil des Vermögens ist im Anlagevermögen wie beispielsweise Liegenschaften. Deshalb muss auch bei einer sehr guten finanziellen Lage Fremdkapital aufgenommen werden. Aufgrund der sinkenden Zinsen sollte dies aber auch bei tieferen Steuereinnahmen nicht ins Uferlose ausarten. Mit der Senkung des Steuerfusses bleibt die Stadt Thun weiterhin auf einem guten Weg. Wichtig bleibt, die Ausgaben rollend zu überwachen. Die Wahrung der finanzpolitischen Verantwortung ist wichtig. Die Fraktion wird das Budget 2025 mit einem Steuerfuss nicht über 1,66 bei gleichbleibender Liegenschaftssteuer annehmen und den Aufgaben- und Finanzplan zur Kenntnis nehmen.

Nina Siegenthaler, **SP-Fraktion**, findet die guten Rechnungsergebnisse erfreulich. Diese sind aber keine Garantie, dass es so weiter geht. An der guten Arbeit der Finanzverwaltung hat sie keine Zweifel. Die Fraktion ist trotzdem gegen eine Steuersenkung. Sie unterstützt eine stabile Finanzlage für die Weiterentwicklung der Stadt insbesondere für soziale, kulturelle und bildungspolitische Themen. Für die Angebote für Junge, die Jugendarbeit, die Prävention und die Umsetzung der Istanbul-Konvention wären mehr finanzielle Mittel zwingend notwendig. Die Senkung der Steueranlage von 1,72 zu 1,66 führt zu wiederkehrend 3,4 Mio. Franken weniger Steuereinnahmen. Der grösste Teil der Thuner Bevölkerung wird durch die Senkung kaum entlastet, das heisst, sie würden weniger als 200 Franken einsparen. Ein Betrag von 3,4 Mio. Franken kann demgegenüber einen grossen Beitrag an das Gemeinwohl leisten. Eine Stadt wird nicht attraktiver, wenn die meisten Leute 100 Franken mehr in der Geldbörse haben, sondern durch einen guten Service Public. Es ist Vorsicht in der Finanzplanung gefordert aufgrund der globalen Lage. Steuersenkungen sind schwierig rückgängig zu machen. Die Fraktion ist bereit, die Steueranlage als Kompromiss auf 1,69 zu senken. Die Stadt ist mit geplanten Investitionen im Verzug, weil es an personellen Ressourcen fehlt. Bis auf wenige Ausnahmen wurde in den letzten Jahren nie alles realisiert, was geplant war. Dies führte zu verschönten Abschlüssen. In der Schulraumplanung stehen drei Grossprojekte an. Die Kostenentwicklung ist zu beachten und wir dürfen uns nicht überraschen lassen. Die Stadt ist auf genügend Ressourcen angewiesen. Die Fraktion unterstützt den Antrag der BRK.

Simon Badertscher, **Fraktion GLP/EVP/EDU**, findet die geplante Senkung der Steueranlage richtig und gut. In Zeiten, wo alles teuer wird, ist es schön, wenn eine Entlastung kommt. Dies ist ein schönes Zeichen an die Bevölkerung. Begehrlichkeiten nach noch weiteren Steuersenkungen werden von der Fraktion nicht unterstützt. Auf die Stadt Thun kommen grosse Investitionen zu. Wir brauchen den finanziellen Spielraum, damit diese Investitionen getätigt werden können. Es gibt keinen Druck für eine weitere Steuersenkung, dies zeigt auch die tiefe Leerwohnungsziffer. Eine weniger weitgehende Steuersenkung als vom Gemeinderat beantragt, wird ebenfalls nicht unterstützt. Die Debatte erinnert mehr an einen Bazar als an eine nachhaltige Finanzpolitik. Die vom Gemeinderat beantragten 1,66 ist kein Zufallsprodukt. Dahinter stecken Berechnungen, wie die Steueranlage gesenkt werden kann, ohne die finanzpolitische Lage in Schwierigkeiten zu bringen. Die beiden Ratsseiten sollen einen Schritt aufeinander zu machen und sich in der Mitte bei 1,66 treffen. Die Fraktion unterstützt den ausgeglichenen Vorschlag des Gemeinderates.

Markus van Wijk, **Fraktion FDP/Die Mitte**, erörtert, dass die Stadt Thun bezüglich Finanzen gut dasteht. Es darf nur so viel ausgegeben werden, wie man einnimmt. Die Personalkosten sind ein zentraler Treiber der Ausgaben. Die Steigerung der Personalkosten um 5 Mio. Franken seit 2023 ist erheblich. Was ist mit dem Personal, das man für die OPR zusätzlich eingestellt hat und nun nicht mehr benötigt. Allenfalls wäre eine zentrale Personalbewirtschaftung mit der Möglichkeit von flexiblen Verschiebungen sinnvoll. Die gestützt auf die Bilanzsituation der Stadt Thun prognostizierten Konjunkturzahlen lassen eine deutlich stärkere Steuerreduktion zu, als vom Gemeinderat vorgeschlagen. Die Steuereinnahmen sind in den letzten Jahren zu tief prognostiziert worden. Es gibt eine Inflation von etwa 1,7% pro Jahr und praktisch eine Vollbeschäftigung. Die wirtschaftliche Entwicklung ist positiv und die Reallöhne steigen. Man soll den Bürgerinnen und Bürgern das Geld nicht wegnehmen, wenn es nicht unbedingt notwendig ist. Die Fraktion beantragt eine Anpassung des Steuerfusses auf 1,62.

Thomas Hiltbold, **Fraktion Grüne**, stellt fest, dass der Stadtrat heute materiell erstmals seit 30 Jahren eine Steuersenkung beschliesst. Es wird an einer sehr zentralen Schraube des Thuner Finanzhaushaltes gedreht. Eine Veränderung in der Steueranlage muss immer wohlüberlegt sein, da sie beständig und nachhaltig sein muss. Die Stadt soll weiterhin über den notwendigen finanziellen Spielraum verfügen und für negative Überraschungen gewappnet sein. Steuersenkungen dürfen nicht dauerhaft zu einer negativen Selbstfinanzierung führen und damit einem strukturellen Defizit. Die Fraktion steht ein für eine langfristig durchdachte und verlässliche Finanzpolitik. Es wird abgelehnt, durch eine übertriebene Steuersenkung zu Lasten von kommenden Generationen die Verschuldung zu erhöhen und den Service Public abzubauen. Die Anträge auf eine noch höhere Senkung als vom Gemeinderat beantragt, gefährden die aktuelle Aufgabenerfüllung in der bisherigen Qualität. Es gibt von den Antragsstellenden bezeichnenderweise keine Korrekturen im Budget, sondern nur die Ertragsseite soll geschmälert werden. Das vorgelegte Budget ist massvoll und gut. Der Finanz- und Aufgabenplan wird zur Kenntnis genommen. Die Fraktion hat einen Antrag gestellt, dass die Steueranlage auf 1,67 gesenkt werden soll. Dieser kleine Wimpernschlag macht 700'000 Franken jährlich aus. Dies soll die beschlossenen Energiefördermassnahmen, die auf dünnem Eis stehen, sicherstellen. Miteingerechnet im Antrag ist am Rande die verbesserte Veloinfrastruktur in Thun. Die Zeit ist reif für eine massvolle Steuersenkung. Thun hat in der Vergangenheit viel Gutes gemacht. Dazu gehört auch der bisherige Steuerfuss von 1,72. Dieser hat es uns erlaubt, die Spezialfinanzierungen zu füllen und Schulden zu reduzieren. Auch Infrastrukturen konnten teilweise erneuert werden. Die Stadt Thun kann antizyklisch die Thunerinnen und Thunern ein bisschen von der Steuerlast entlasten. Zusammengefasst stimmt die Fraktion dem Budget dem Grundsatz nach zu und beantragt eine Steuersenkung auf 1,67. Alle anderen Anträge lehnt die Fraktion ab. Der Aufgaben- und Finanzplan wird zur Kenntnis genommen.

**Marc Fritschi** (Parteilos) weist die Ratskollegen darauf hin, dass man politische Behauptungen genau analysieren sollte. Er stimmt Frau Gemeinderätin de Meuron zu, dass der Gemeinderat für den Finanzhaushalt verantwortlich ist. Es ist aber nicht unverantwortlich, wenn man eine andere Meinung vertritt. Die Gemeinderätin hat gesagt, dass mit einer Steueranlage unter 1.66 ein strukturelles Defizit entstehen würde. Das stimmt nicht, die Stadt Thun erzielt seit Jahren einen strukturellen Überschuss.

Gemeinderätin de Meuron hat nicht recht, wenn sie sagt, dass jetzt der Zeitpunkt ist für eine Steuersenkung. Dieser Zeitpunkt war vor vier Jahren. Im Jahr 2020 hat die Stadt 8,4 Mio. Franken mehr Steuern eingenommen als budgetiert. Im Jahr 2021 waren es 13 Mio. Franken. Im 2022 waren es 6,9 Mio. Franken. Zusammen sind dies über 28 Mio. Franken. Auch im laufenden Jahr werden die Steuereinnahmen wieder 6, 8 oder 10 Millionen über dem Budget liegen. In dieser Zeit hat man einen Überschuss erwirtschaftet und es wurden Steuern auf Vorrat gesammelt. Mit dem von ihm beantragten Steuerfuss von 1,60 hätte man in dieser Zeit die budgetierten Steuererträge erzielt. Man muss keine Aufgaben streichen, sondern die Zahlen nicht auf das Vorjahr, sondern auf das budgetierte Ergebnis abstützen. Das Budget ist aber grundsätzlich gut. Einige Ausgaben könnte man anschauen wie die Personalkosten. Er beantragt eine Reduktion des Steuerfusses auf 1,60. Auch dies wird einen Überschuss gegeben gegenüber dem Budget.

**Gemeinderätin Andrea de Meuron** dankt für die grundsätzlich gute Aufnahme. Es war eine Herausforderung, den Budgetprozess so zu planen, damit die Volksabstimmung möglich wird. Zu Stadtrat Fritschi führt sie aus, dass im 2020 im Fiskalertrag 1% Abweichung zwischen budgetiert und abgeschlossen Zahlen ausgewiesen worden ist. Budgetiert wurden 127 Mio. Franken. Abgeschlossen wurde mit nicht ganz 128 Mio. Franken. Die grössere Abweichung war im Jahr 2021, welches gesamthaft eine Abweichung von 6% aufwies. Es war eine Pandemiezeit und man wusste nicht, was passiert. Man befürchtete, dass Lohneinnahmen sinken und Sozialausgaben steigen. Es war eine Krisensituation. Gestützt auf eine Pandemiezeit können nicht Schlüsse für die Zukunft gezogen werden. In den letzten 8 Jahren, seit der Einführung des HRMs, lag die Abweichung zwischen den budgetierten und verrechneten Zahlen bei 0.3575%. Gerne kann dies bilateral mit Stadtrat Fritschi geklärt werden. Zu Stadtrat Simon Badertscher führt sie auch, dass es das Wort Bazar trifft, und ist nicht gewollt. Die Zahlen des Gemeinderates haben Hände und Füsse. Stadträtin Siegenthaler hat ausgeführt, dass das Budget geschönt sei wegen dem Realisierungsgrad. Es wurde nichts geschönt. Der Gemeinderat ist transparent. Bei den Investitionen wird nicht auf den Boden gebracht, was man möchte. Man könnte sagen, dass es einfach mehr Personal benötigt. Bei der Personalplanung tragen die Fachabteilungen die Verantwortung und stellen Stellenbegehren. Der Gemeinderat setzt sich damit auseinander. Ob es immer richtig ist, in einer solch wandelnden Zeit einer Aufgabe mit mehr Personal zu begegnen, ist unklar. Damit ist es nicht getan. Die Organisationsentwicklung ist wichtig. Die Kompetenzen, die man benötigt, haben sich geändert. Die Mitarbeitenden müssen damit befähigt werden. Für die Digitalisierung benötigt man eher mehr personelle Ressourcen, auch mit anderen Kompetenzen. Es soll ein Mehrwert geschaffen werden, damit man 24/7 smart unterwegs sein kann.

## **Detailberatung**

### Budgetbericht

Keine Bemerkungen.

### Direktion Präsidiales und Stadtentwicklung

Keine Bemerkungen.

### Direktion Bau und Liegenschaften

Keine Bemerkungen.

### Direktion Bildung Sport Kultur

Keine Bemerkungen.

### Direktion Sicherheit und Soziales

Keine Bemerkungen.

Direktion Finanzen Ressourcen Umwelt

Keine Bemerkungen.

Aufgaben- und Finanzplan 2025 bis 2028

Keine Bemerkungen.

**Peter Aegerter** (SVP) beantragt einen 15-minütigen Sitzungsunterbruch für die Besprechung der gestellten Anträge.

**Der Rat** genehmigt den Sitzungsunterbruch.

*Die Sitzung wird für 15 Minuten unterbrochen.*

Valentin Borter, **SVP-Fraktion**, steht seit mehreren Jahren ein für eine Steuersenkung. Eine Steuersenkung auf die beantragten 1,62 ist eine spürbare Entlastung und trotzdem finanzpolitisch verantwortungsvoll. Man hat zu viel verlangt und diese Entwicklung muss sich ändern. Es sollen keine Steuern mehr auf Vorrat erhoben werden. Die vom bürgerlichen Gemeinderat geforderte Senkung auf 1,66 ist ein Schritt in die richtige Richtung. Obwohl bei diesem Vorschlag etwas der Mut fehlt, dankt er dem bürgerlichen Gemeinderat für diesen Schritt. Es ist erfreulich, dass der bürgerliche Gemeinderat bereit ist, den Steuersatz für das Budget 2027 nochmals zu prüfen. Er ist überzeugt, dass noch mehr Potential vorliegt. Die Fraktion will keine Spiele. Sie will ein genehmigtes Budget und einen stabilen Finanzhaushalt. In der Schlussabstimmung wird die Fraktion jedes Budget annehmen, das einen Steuerfuss zwischen 1,62 und 1,66 beinhaltet.

**Thomas Hiltbold** (Grüne) findet das Statement von Stadtrat Borter sehr speziell. Es liegt ein Vorschlag des Gesamtgemeinderates vor. Dies soll anerkannt werden. Es geht nicht um bürgerlich oder nicht bürgerlich, sondern um das Wohl der Stadt und das Erfüllen der Aufgaben, die wir uns vorgenommen haben.

**Marc Fritschi** (Parteilos) freut sich auf einen Austausch mit Gemeinderätin de Meuron. Er entschuldigt sich für den Fall, dass er vorhin die Jahrzahlen falsch abgelesen hätte. Die Steuereinnahmen 2021 waren budgetiert mit 120.5 Millionen, effektiv 128.9 Millionen, Mehreinnahmen 8.4 Millionen oder 7%. Die Steuereinnahmen 2022 waren budgetiert mit 128.2 Millionen, effektiv 141.2 Millionen oder 10.3%, Mehreinnahmen 13.0 Millionen. Die Steuereinnahmen 2023 waren budgetiert mit 133.1 Millionen, effektiv 140.0 Millionen, Mehreinnahmen 6.9 Millionen. Dies gibt ein Total von 28 Mio. Franken Mehreinnahmen. Diese Zahlen hat er den Rechnungen der Stadt Thun, die öffentlich publiziert sind, entnommen.

**Gemeinderätin Andrea de Meuron** lässt diese Aussagen so stehen. Die Zahlen können bilateral verglichen werden. Sie hat keine Aussage dazu gehört, welche Aufgaben nicht mehr ausgeführt werden sollen, falls der Steuerfuss noch mehr gesenkt werden sollte. Hinter den Zahlen stehen Aufgaben. Der Gemeinderat soll die Jahre 2024 und 2025 abschliessen können. Es soll geprüft werden, ob eine Verbesserung im Realisierungsgrad erreicht werden kann. Es sollen solide Grundlagen erarbeitet werden, damit wir uns notwendigenfalls korrigieren können. Sie korrigiert in der Zukunft lieber gegen unten als gegen oben. Wenn es darum geht, dass man nicht mehr machen kann, was man sich vornimmt und priorisiert werden muss, dann wird es schwierig.

**Der Stadtratspräsident** schliesst die Diskussion und erläutert das Vorgehen für die Abstimmung. Zuerst werden die Anträge betreffend die Liegenschaftssteuer ausgemehrt, dann die Anträge betreffend die Steueranlage, danach erfolgt die Schlussabstimmung über die bereinigte Vorlage.

**Marc Fritschi** (Parteilos) möchte den Antrag zur Liegenschaftssteuer begründen, nach dem verteilten Besprechungsprogramm wäre das jetzt der Moment.

**Der Stadtratspräsident** macht darauf aufmerksam, dass die Diskussion bereits geschlossen wurde.

**1. Liegenschaftssteuer (Ziffer 1.b) im Gemeinderatsbeschluss)**

*Antrag Fritschi/Badertscher/Zellweger (Liegenschaftssteuer 1,0 ‰) gegen Antrag Gemeinderat (Liegenschaftssteuer 1,2 ‰)*

**Der Rat** stimmt mit 28 : 8 Stimmen für den Antrag des Gemeinderates.

**2. Steueranlage (Ziffer 1.a) im Gemeinderatsbeschluss)**

*Abstimmung 1: Antrag BRK (Steueranlage 1,69) gegen Antrag Grüne (Steueranlage 1,67)*

**Der Rat** stimmt mit 21 : 7 Stimmen bei 8 Enthaltungen für den Vorschlag der BRK.

*Abstimmung 2: Antrag Fritschi/Badertscher/Zellweger (Steueranlage 1,60) gegen Antrag FDP/Die Mitte (Steueranlage 1,62)*

**Der Rat** stimmt mit 14 : 3 Stimmen bei 19 Enthaltungen für den Antrag der FDP/Die Mitte.

*Abstimmung 3: Antrag BRK (Steueranlage 1,69) gegen Antrag FDP/Die Mitte (Steueranlage 1,62)*

**Der Rat** stimmt mit 17 : 14 Stimmen bei 5 Enthaltungen für den Antrag der FDP/Die Mitte.

Bei diesem Ergebnis fällt der Eventualantrag dahin.

*Abstimmung 4: Antrag FDP/Die Mitte (Steueranlage 1,62) gegen Antrag Gemeinderat (Steueranlage 1,66)*

**Der Rat** stimmt mit 19 : 17 Stimmen für den Antrag des Gemeinderates.

**3. Schlussabstimmung**

**Der Rat** genehmigt mit 34 : 2 Stimmen folgenden

**Stadtratsbeschluss**

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 32 Absatz 2 und Artikel 36 litera b der Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 7. August 2024, beschliesst:

1. Den Stimmberechtigten wird Zustimmung beantragt zu folgendem

**Gemeindebeschluss**

Die Stimmberechtigten von Thun, gestützt auf Artikel 21 Absatz 1 litera b der Stadtverfassung sowie gestützt auf Artikel 261 Absatz 1 des Steuergesetzes und nach Kenntnisnahme der Botschaft des Stadtrates vom 19. September 2024, beschliessen:

1. Im Jahr 2025 sind folgende Gemeindesteuern zu erheben:
  - a) Steueranlage: Auf den Gegenständen der Kantonssteuer das 1,66-Fache der für die Kantonssteuer geltenden Einheitsansätze.
  - b) Liegenschaftssteuer: 1,2 Promille des amtlichen Wertes.
2. Genehmigung Budget 2025 bestehend aus:

		Aufwand	Ertrag
Gesamthaushalt	CHF	293'754'200	294'188'100
Ertragsüberschuss	CHF	433'900	

Allgemeiner Haushalt	CHF	274'049'900	274'049'900
Ergebnis	CHF		0
Spezialfinanzierung Abwasser	CHF	7'223'400	7'702'200
Ertragsüberschuss	CHF	478'800	
Spezialfinanzierung Abfall	CHF	6'712'000	6'636'200
Aufwandüberschuss	CHF		75'800
Spezialfinanzierung Feuerwehr	CHF	3'288'100	3'349'000
Ertragsüberschuss	CHF	60'900	
Spezialfinanzierung Parkinggebühren	CHF	2'244'100	2'450'800
Ertragsüberschuss	CHF	206'700	
Spezialfinanzierung Parkplatz-Ersatzabgabe	CHF	236'700	0
Aufwandüberschuss	CHF		236'700

3. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

2. Der Aufgaben- und Finanzplan 2025 bis 2028, welcher auf einer Steueranlage von 1,66 Einheiten beruht, wird zur Kenntnis genommen.
3. Die Abstimmungsbotschaft wird gemäss Entwurf genehmigt.
4. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

*Die Sitzung wird von 18:45 bis 19:20 Uhr unterbrochen.*

#### 100. Sportplatz Burgerweg. Übernahme der Gebäude Burgerstrasse 20, 20b und 20c (Baurechtsgrundstück Thun 2 [Strättligen]-Gbbl. Nr. 5058)

**Bewilligung eines Verpflichtungskredits von 315'000 Franken als neue Ausgabe für den Erwerb des Baurechtsgrundstückes Thun 2 (Strättligen)-Gbbl. Nr. 5058 und Bewilligung eines Verpflichtungskredits für eine wiederkehrende Ausgabe von jährlich 2'380 Franken als neue Ausgabe für ein selbständiges und dauerndes Baurecht zugunsten der Stadt Thun auf dem Grundstück Thun 2 (Strättligen)-Gbbl. Nr. 4986**

##### Bericht des Gemeinderates Nr. 25/2024

**Gemeinderat Reto Schertenleib** führt aus, dass das Geschäft sinnvoll ist und einen Mehrwert generiert. Das Rasenspielfeld auf dem Boden der Stadt Thun ist abgegeben in einem Gratisbaurecht, so wie dies bei allen Sportvereinen gehandhabt wird. Der Unterhalt ist und bleibt bei der Stadt. Weil das Feld unterhaltsbedürftig ist, muss man es sanieren. Dies ist auch so im Aufgaben- und Finanzplan eingestellt. Man könnte im Bestand sanieren, so wie sich das Feld heute präsentiert. Dies macht nicht viel Sinn, da es in der Grösse und Breite nicht mehr den Vorgaben des Verbands entspricht. Wenn etwas gemacht wird, soll es richtig gemacht werden. Dafür muss auf Land der Burgergemeinde zurückgegriffen werden. Es sollen Voraussetzungen geschaffen werden können, dass das Feld insbesondere auch für die Damenmannschaft, die heute in der obersten Fussballiga spielt, auch in Punkto Beleuchtung und Aufmachung den Anforderungen entspricht. Der Unterhalt ist eingestellt im Aufgaben- und Finanzplan. Zudem war eine Tribüne eingestellt, welche aus baurechtlichen Vorgaben nicht umgesetzt werden kann. Finanziell entspricht es etwa dem Umfang des Heimfallgeschäfts. Das Geschäft generiert einen Mehrwert,

wenn es in den Besitz der Stadt zurückkehrt und bleibt. Es ist ein Kunstrasen geplant, der ganzjährig genutzt werden kann. Die Bewirtschaftung wird durch die Stadt Thun erfolgen. Es kommen auch andere Vereine oder Private in den Genuss der Sportanlage. Mit wenig Aufwand wird ein Mehrwert für die breite Bevölkerung und die Sportvereine geschaffen.

Adrian Christen, **SAKO B+L**, hält fest, dass es keine andere Lösung gibt, als dass die Stadt die Kosten übernimmt, da es dem Verein nicht möglich ist, die Finanzierung selbst zu stemmen. Der FC Rot-Schwarz nimmt dafür in Kauf, dass er einen Teil seines Clubhauses abreißen muss und er das Clubhaus mieten muss und es auch an andere vermietet werden kann. Der Verein muss damit die Hoheit über die Infrastruktur abgeben. Die SAKO hat das Geschäft bei drei Abwesenheiten und zwei Enthaltungen einstimmig angenommen.

Adrian Christen, **SP-Fraktion**, teilt mit, dass mit der Übernahme des Grundstücks die Stadt Thun neu über drei statt zwei Fussballplätze verfügen wird, die dem Niveau der 1. Liga entsprechen. Dies ist auch für das Frauenteam Thun Berner-Oberland wichtig. Es ist wesentlich, dass es mehr Kunstrasenfelder gibt, die man ganzjährig benutzen kann. Mit dem Aufstieg des Frauenteam Thun Berner-Oberland und der UEFA Women's EURO ist damit zu rechnen, dass es künftig mehr Mädchenteams geben wird. Der Fraktion ist es besonders wichtig, dass für diese künftig genügend Infrastruktur zur Verfügung gestellt wird. Der Kunstrasen ist nicht mehr gefüllt und damit ist das Plastikproblem kleiner, was begrüsst wird. Die Fraktion wird die beiden Verpflichtungskredite annehmen und vom Gemeinderat die Ausführung beantragen.

Angelika Zimmermann, **Fraktion FDP/Die Mitte**, fragt sich auch bei diesem Geschäft, ob es nicht anders hätte ablaufen können. Die Fraktion anerkennt den dringlichen Bedarf an den Unterhalt, die Anpassung an die richtige Grösse und die Sicherstellung eines ganzjährigen Fussballbetriebs, gerade auch im Blick auf das Potential der UEFA Women's EURO. Eine Nachfrage beim FC Thun hat ergeben, dass es eine unterzeichnete Absichtserklärung gibt betreffend Arbeitsgemeinschaft Integration Frauen beim FC Thun. Dieses Problem soll gelöst werden. Fussball ist nach wie vor beliebt. Es gibt aber auch noch andere Sportarten und der FC Rot-Schwarz ist auch nicht der einzige Verein. Die Kosten sind nachvollziehbar. Die Prognose der jährlichen Kosten wird als etwas zu tief erachtet. Fraglich ist, ob man dies künftig immer so machen soll. Einen Verein mit der Verantwortung für den Unterhalt und den Betrieb nimmt die Investitionen allenfalls nicht genügend wahr und dafür springt die Stadt Thun in die Bresche. Das Beispiel beim FC Lerchenfeld zeigt, dass es auch so gehen würde. Wenn die Stadt Thun nicht immer einspringen würde, gäbe es vermutlich neue Lösungen wie eine Fusion von Vereinen. Die Fraktion sieht aber ein, dass dies schwierig ist. Die Stadt Thun soll achtsam sein beim Anhäufen solcher Aufgaben und Ausgaben. Die Fraktion wird den Krediten zustimmen, wenn die Anlage polysportiv nutzbar ist. Vielleicht kann sich der Gemeinderat hierzu noch äussern.

Franziska Eggenberg, **Fraktion GLP/EVP/EDU**, findet, dass viele Vereine darauf angewiesen sind, den laufenden Betrieb durch Sponsorengelder zu sichern. Sobald Sanierungen anstehen, wird es problematisch, weil keine Reserven für solche Ausgaben vorhanden sind. Der Fussballplatz ist in keinem guten Zustand. Die Übernahme durch die Stadt sichert die Zukunft des Platzes. Der Bau des Kunstrasenplatzes ermöglicht eine ganzjährige und intensivere Nutzung. Die fördert den Vereinssport in der Stadt Thun. Auch der Zugang für die breite Bevölkerung ist ein klarer Gewinn. Die Fraktion sagt ja zu beiden Verpflichtungskrediten und beauftragt den Gemeinderat mit der Ausführung.

Natalie Althaus Spinnler, **Fraktion Grüne**, findet die Umsetzung wichtig. Alle wünschen sich, dass Vereine ihre Kosten tragen könnten. Man wünschte sich aber auch Sponsoren aus der Wirtschaft, die nicht nur dann unterstützen, wenn ein Verein populär ist. Dies ist das Hauptproblem der Vereinslandschaft. Nur dort, wo man sich profilieren kann, wird investiert. Daran sollte man etwas ändern, wenn man mit den betroffenen Personen spricht. Die Fraktion wird den Verpflichtungskrediten zustimmen.

Alex Reymondin, **SVP-Fraktion**, erläutert, dass es bei diesem Geschäft nur Gewinner gibt. Mit dem Geschäft werden Türen für klare Verhältnisse geöffnet. Der Heimfall ist in seinen Augen die beste Lösung. Die Eigentums- und Nutzungsverhältnisse werden sauber und nachhaltig angepasst. Dies insbesondere, weil die Stadt bereits für den Unterhalt der Fussballfelder zuständig ist. Die Vermietung wird durch das Amt für Bildung und Sport erfolgen. Für das Clubhaus wird das Amt für Bildung und Sport mit dem FC Rot-Schwarz eine Nutzungsvereinbarung abschliessen. Die Infrastruktur ist gut gelegen. Die Fraktion wird dem Geschäft einstimmig zustimmen.

**Marc Fritschi** (Parteilos) hat nichts gegen Fussball und die Übernahme des Grundstückes. Unschön findet er das Präjudiz, dass man eine ganz neue Anlage baut und sagt, das sei Unterhalt.

**Peter Aegerter** (SVP) hat nichts gegen das Geschäft. Er bemängelt, dass den Vereinen faktisch eine Carte Blanche gegeben wird. Es müssen nicht nur die Sponsoren hinhalten. Der Verein konnte wirtschaften, ohne einen Franken Baurechtszins bezahlen zu müssen. Noch dann keine schwarzen Zahlen zu schreiben, ist nicht in Ordnung. Es geht auch um Mitgliederbeiträge. Man muss den Vereinen auf die Finger schauen. Er wehrt sich, eine Carte Blanche auszusprechen.

**Natalie Althaus Spinnler** (Grüne) erörtert, dass es nicht einfach ist, Menschen zu finden, die freiwillige Arbeit leistet. Es ist ein Service Public, dass die Stadt die Plätze zur Verfügung zu stellen. Es ist nichts als richtig, dass man den Vereinen unter die Arme greift.

**Gemeinderat Reto Schertenleib** führt aus, dass man auch im Bestand hätte sanieren können. Dann hätte die Stadt viel Geld investiert, wobei das Geschäft in der Kompetenz des Gemeinderates gewesen wäre. Die Stadt hätten aber ein Spielfeld gehabt, dass nicht den Anforderungen des Verbandes entspricht. Er kann nachvollziehen, dass es ein ungutes Gefühl gibt aufgrund eines Musters. Es ist ein Problem, das immer wie mehr behoben werden soll. Es ist schwierig, einen Sponsor zu finden, der den Unterhalt finanziert. Die Stadt räumt nun auf. Er ist überzeugt, dass das Geschäft gut und wichtig ist. Stadtrat Fritschi teilt er mit, dass die Finanzierung nicht eine Erfindung des Amtes für Bildung und Sport ist, sondern dies mit der Finanzdirektion abgesprochen wurde. Stadträtin Zimmermann teilt er mit, dass das Feld polysportiv nutzbar sein wird.

**Der Rat** genehmigt mit 31 : 1 Stimmen folgenden

#### **Stadtratsbeschluss**

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 40 litera a i. V. m. Artikel 69 litera b Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 28. August 2024, beschliesst:

1. Bewilligung eines Verpflichtungskredits von 315'000 Franken als neue Ausgabe zu Lasten der Investitionsrechnung, Verpflichtungskredit Nr. 2220.5040.007 (Bilanz-Konto Nr. 14040.01.01) für den Erwerb des Grundstückes Thun 2 (Strättligen)-Grundbuchblatt Nr. 5058.
2. Bewilligung eines Verpflichtungskredits für eine wiederkehrende Ausgabe von jährlich 2'380 Franken als neue Ausgabe zu Lasten der Erfolgsrechnungen 2025 ff. für ein selbständiges und dauerndes Baurecht zugunsten der Stadt Thun auf dem Grundstück Thun 2 (Strättligen)-Gbbl. Nr. 4986 im Eigentum der Burgergemeinde Thun.
3. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

## **101. Interpellation I 03/2024 betreffend zunehmende Doppelbesteuerung auf Liegenschaften**

**Marc Fritschi (Parteilos) und Mitunterzeichnende vom 21. März 2024; Beantwortung**

**Marc Fritschi** (Parteilos) ist von der Antwort befriedigt. Er ist erstaunt, dass die 12 Mio. Franken Doppelbesteuerung auf den Liegenschaften Grund sind für die guten Schulen, die gute Infrastruktur und die gute Sicherheit in Thun. Er hofft, dass Nicht-Liegenschaftsbesitzer davon auch profitieren dürfen.

## **102. Postulat P 09/2024 betreffend Vorprojekt Sanierung und Erweiterung der Primarschule Lerchenfeld» mit Abschluss der SIA Phase 31 im Stadtrat zur Abstimmung bringen**

**Matthias Zellweger (Parteilos) und Mitunterzeichnende vom 21. März 2024; Beantwortung**

**Matthias Zellweger** (Parteilos) erläutert, dass der Stadtrat früher und genauer wissen soll, worum es geht, nicht dass Nachkredite wieder zum Thema werden. Die Stadt Thun kann sich profilieren, weil sie Projekte souverän abschliessen kann. Man soll näher an die Realität der Privatwirtschaft rücken. Er unterstützt die Abschreibung.

Peter Aegerter, **SVP-Fraktion**, ist mit dem Gemeinderat einig, dass die aktuelle Praxis der Kreditgenehmigung im öffentlichen Bauwesen zielführend ist. Jegliche Einflussnahme des Parlaments ausserhalb der SIA-Vorgaben führt zu Verzögerungen und Mehrkosten. Er ist gespannt, ob und welche Erkenntnisse aus dem Prüfauftrag für eine mögliche Praxisänderung resultieren. Die Fraktion wird dem Gemeinderat einstimmig folgen und das Postulat annehmen und abschreiben.

Vanessa Meier, **Fraktion GLP/EVP/EDU**, findet es verständlich, dass ein zusätzlicher Zwischenschritt für das Projekt der Primarschule Lerchenfeld nicht mehr möglich ist. Die Abklärung für eine Praxisänderung für künftige Bauprojekte wird begrüsst. Die Fraktion wünscht sich mehr Partizipation auch durch den Miteinbezug der SAKO. Die Fraktion folgt dem Antrag des Gemeinderates.

Michelle Marbach, **Fraktion Grüne**, teilt die Haltung des Gemeinderates. Sie wünscht sich mehr Spielraum und miteinbezogen zu werden, wenn die Kompetenzen des Stadtrates noch eingesetzt werden können. Die Fraktion nimmt das Postulat an und schreibt es ab.

Adrian Christen, **SP-Fraktion**, ist klar, dass beim laufenden Projekt nicht mehr eingegriffen werden kann. Es wird begrüsst, dass die Praxisänderung vertieft geprüft wird. Damit kann man dem Stadtrat mehr Einfluss geben und es ist möglich, dass der Aufwand bei der Verwaltung gesenkt werden kann. Die Fraktion nimmt das Postulat an und schreibt es ab.

### **Stadtratsbeschluss**

**Der Rat** erklärt das Postulat einstimmig als erheblich und schreibt es gleichzeitig ab.

## **103. Postulat P 11/2024 betreffend Künstliche Intelligenz in der Stadtverwaltung**

**Roman Gugger (Grüne), Fraktion Grüne und Franz Schori (SP) vom 2. Mai 2024; Beantwortung**

Thomas Lanz, **Fraktion Grüne**, findet es erfreulich, dass die Verwaltung sich mit dem Thema befasst. Es ist wichtig, dass man sich den Chancen und Risiken bewusst ist. Für den Umgang mit KI sind Richtlinien zu erlassen. Die Befähigung der Mitarbeitenden steht im Zentrum. Eine stadtinterne KI soll geprüft werden. Bestenfalls soll es Open Source sein, da dies die Transparenz des ganzen Systems stärkt.

Franz Schori, **SP-Fraktion**, ist der Meinung, dass KI eine hohe Bedeutung hat. Es geht darum, dass Daten, die man in der KI-Anwendung verwendet, nicht missbraucht oder veröffentlicht werden können. Diese Thematik stellt sich auch bei Spitälern. Das Speichern auf einem Server in den USA kann Risiken beinhalten. Er geht davon aus, dass die Stadt im Austausch mit anderen Städten ist. Die Fraktion wird dem Postulat einstimmig zustimmen.

Alois Studerus, **Fraktion FDP/Die Mitte**, ist erfreut, dass die Stadt Thun in die Thematik eintritt. Es braucht auch Regeln dazu. Die Fraktion nimmt das Postulat an.

**Thomas Hiltbold** (Grüne) erlaubt sich eine persönliche Bemerkung. Er hofft, dass sich die Stadt weiterhin hauptsächlich auf menschliche Intelligenz stützt. Der Vorstoss wurde mit künstlicher Intelligenz erstellt. Er stösst offene Türen ein. Er wäre damit wohl gar nicht nötig gewesen. Man soll sich nicht blenden lassen. Er möchte keine Vorstösse, die von künstlicher Intelligenz erstellt worden sind. Diesbezüglich sollten die Richtlinien angepasst werden. Man soll sich auch im Stadtrat einig werden, was die Rolle von künstlicher Intelligenz ist.

**Gemeinderätin Andrea de Meuron** erörtert, dass die Informatikdienste menschliche Intelligenz haben. Den Entwicklungen kann man sich aber nicht verschliessen. Der Umgang damit soll proaktiv geregelt werden. Der Datenschutz ist hoch zu gewichten. Die Stadt ist gefordert, auch betreffend Befähigung der Mitarbeitenden.

#### **Stadtratsbeschluss**

**Der Rat** erklärt das Postulat einstimmig als erheblich.

#### **104. Interpellation I 09/2024 betreffend Verhalten der städtischen Behörden beim Rückspiel Barrage FC Thun – Grasshopper Club Zürich**

**Alice Kropf (SP), SP-Fraktion vom 13. Juni 2024; Beantwortung**

**Alice Kropf (SP)** ist von der Antwort teilweise befriedigt, verzichtet aber aufgrund der Komplexität des Themas auf die Diskussion.

#### **105. Fragestunde F 17/2024 betreffend Budgetprozess 2027**

**SVP-Fraktion vom 16. September 2024; Beantwortung**

Die Fragestunde wird schriftlich beantwortet.

#### **106. Fragestunde F 18/2024 betreffend Realisierungsgrad baulicher Unterhalt und Investitionen**

**Franz Schori (SP) vom 17. September 2024; Beantwortung**

Die Fragestunde wird schriftlich beantwortet.

#### **107. Fragestunde F 19/2024 betreffend Poststellenschliessungen in Thun**

**Franz Schori (SP) vom 17. September 2024; Beantwortung**

Die Fragestunde wird schriftlich beantwortet.

## 108. Fragestunde F 20/2024 betreffend Ortsplanungsrevision

**Adrian Christen (SP) vom 17. September 2024; Beantwortung**

Die Fragestunde wird schriftlich beantwortet.

### Mitteilungen

**Der Stadtratspräsident** bedankt sich für die Sitzungsdisziplin und wünscht allen einen schönen Ausschiesset.

### Eingänge

- Motion M 03/2024 betreffend einem Förderfonds Energieeffizienz für die Bevölkerung und Unternehmen der Stadt Thun; Thomas Lanz (Grüne), Thomas Hiltpold (Grüne), Fraktion Grüne, Fraktion GLP/EVP/EDU, SP-Fraktion, Alois Studerus (Die Mitte), Mark van Wijk (FDP), Angelika Zimmermann (Die Mitte), Lara Müller (Die Mitte) und Claude Schlapbach (FDP) vom 19. September 2024
- Postulat P 21/2024 betreffend Fachstelle Fuss- und Veloverkehr der Stadt Thun; Michelle Marbach (Grüne), Fraktion Grüne, Adrian Christen (SP), Nicolas Glauser (GLP), Jonas Baumann (EVP) vom 19. September 2024
- Postulat P 22/2024 betreffend dank Pilotversuch «Superblock» verkehrsberuhigte Quartiere mit erhöhter Lebensqualität auch in Thun!; Natalie Althaus (Grüne), Fraktion Grüne vom 19. September 2024

Der Stadtratspräsident



Philipp Deriaz

Der Stadtratssekretär



Christoph Stalder